

Das Ordnungsamt sowie das Jugendamt der Stadt Gladbeck sowie die Gladbecker Polizei haben dies zum Anlass genommen, die Situation vor Ort durch erhöhte Präsenz im Auge zu halten, sind sich jedoch auch gemeinsam in ihrer Einschätzung einig, dass der Skaterpark aufgrund der vereinzelt zurückliegenden Vorfälle weder ein „Brennpunkt“, eine „No-Go-Area“ noch ein „Angstraum“ ist.

2. Ordnungsrechtliche und polizeiliche Einschätzung

Polizei und KOD haben aufgrund der zurückliegenden Vorfälle die Intensität der Kontrollen und die Präsenz vor Ort deutlich erhöht.

Darüber hinaus ist die Jugendförderung durch Streetworker seit Anfang Mai täglich außer sonntags jeweils in den Nachmittagsstunden am Skaterpark präsent.

Polizei und KOD kamen bei ihren täglichen Kontrollen zu unterschiedlichen Zeiten zu dem Ergebnis, dass am Skaterpark teilweise sehr hohe Nutzungsintensitäten festzustellen waren, die in einigen Fällen auch ein Einschreiten in Form von Auflösungen zu großer Ansammlungen erforderlich machten, jedoch konnten körperliche oder verbale Auseinandersetzungen während dieser Einsätze nicht festgestellt werden. Auch die Beschwerdeintensität von Anwohnern, Passanten und anderen Nutzern des Parks war in den zurückliegenden Wochen sehr gering. Insofern sind sich sowohl die Polizei als auch der Kommunale Ordnungsdienst in ihrer Einschätzung einig, dass der Skaterpark nach wie vor als Jugendtreffpunkt, jedoch nicht als Brennpunkt oder Angstraum einzustufen ist.

Aus diesem Grunde wird auch die temporäre Einrichtung einer mobilen Polizeiwache oder die Installierung einer Videoüberwachung zur Zeit nicht für erforderlich gehalten. Dies würde eher zu einer Kriminalisierung der Nutzer des Skaterparks führen, die sowohl aus Sicht der Nutzer als auch aus Sicht der Ordnungsbehörden als nicht gerechtfertigt erscheint. Darüber hinaus liegen auch die sehr strengen Voraussetzungen des Datenschutzgesetzes NRW sowie des Polizeigesetzes NRW für die Einrichtung einer Videoüberwachung in keiner Weise vor. Hierfür müssten die zuständigen Behörden übereinstimmend zu der Auffassung kommen, dass es sich bei dem Skaterpark um einen Kriminalitätsschwerpunkt handelt. Dies ist aus bereits genannten Gründen nicht der Fall.

3. Einschätzung der Jugendförderung

Zur Frage, ob es aus Sicht der Jugendarbeit ein steigendes Unsicherheitsgefühl unter den Jugendlichen am Skaterpark gibt, weist die Jugendförderung darauf hin, dass in den Gesprächen mit den Jugendlichen vor Ort weniger Unsicherheit geäußert wird, als vielmehr Frustration mit der aktuellen Situation in der Corona-Pandemie. Probleme mit Homeschooling, mangelnde Perspektiven und derzeit sehr eingeschränkte Freizeitmöglichkeiten werden hier vorrangig genannt. Dies betrifft jedoch nicht nur die Jugendlichen im Skaterpark, sondern zur Zeit fast alle Kinder und Jugendlichen im Stadtgebiet.

Aus pädagogischer Sicht liegen die Gründe für diese geäußerten Frustrationen in erster Linie in einer in den vergangenen Monaten erfolgten sozialen Segregation. Gruppen von Jugendlichen, die vor Corona über das gesamte Stadtgebiet verteilt waren, haben durch die Umsetzung der Corona-Bestimmungen ihre Treffpunkte verloren. Sie haben sich neue Orte gesucht, was zu einer Konkurrenz zwischen den Gruppen, die an den verbliebenen Treffpunkten schon ansässig waren und den Gruppen, die sich neue Plätze gesucht haben, geführt hat. Ein ähnliches Phänomen zeigt sich derzeit auch am Freizeittreff KARO, welcher derzeit verstärkt frequentiert wird.

Der Skaterpark ist aus Sicht der Jugendförderung ein informeller Treffpunkt, der insbesondere von den Skatern genutzt und selbst verwaltet wird. Es besteht eine enge Bindung zu „ihrem“ Ort. Sie sorgen selbst für die äußere Ordnung, räumen den Müll weg und achten auf einen pfleglichen Umgang mit dem Parcours. Es erschließt sich jedem von selbst, dass es zu Unmut führt, wenn für das „eigene Territorium“ plötzlich ungefragt von der Allgemeinheit Besitzansprüche angemeldet werden.

Die sich daraus ergebenden Auseinandersetzungen werden derzeit von dem Team der Sozialarbeiter/innen vor Ort beobachtet. Es scheint so, dass einzelne Personen für Unruhe sorgen und versuchen, sich mit Gewalt Raum zu erobern. Aus dieser Konstellation ergibt sich derzeit ein Bedarf an Fachkräften, die vermittelnd und deeskalierend vor Ort tätig sind.

Jugendliche kennen Rivalitäten auch aus anderen Kontexten. Aus dem schulischen Alltag, aus Eroberung eigener Räume auf dem Schulhof, in der Innenstadt oder in anderen Bereichen des Stadtgebietes. So gibt es immer Orte, an denen mehr passiert als an anderen. Die mobile soziale Arbeit sieht am Skaterpark die gängigen Herausforderungen von Streetwork. Auch vor Corona gab es solche Bedarfslagen und sie werden auch nach Corona noch vorhanden sein. Dann ggfls. wieder schwerpunktmäßig an einem anderen Ort.

b) **Antrag der SPD-Ratsfraktion vom 06.05.2021 nach § 7 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Gladbeck und seine Ausschüsse**

Siehe Anlage

c) **Antrag der AfD-Ratsfraktion vom 18.05.2021 nach § 7 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Gladbeck und seine Ausschüsse**

Siehe Anlage

Finanzielle Auswirkungen:

keine

folgende

Ergebnisrechnung

Ertrag	€
einmalig	
jährlich	

Aufwand	€
einmalig	
jährlich	
<i>darin enthalten:</i>	
Personalaufwand	
Sach- und Dienstleistungen	
Transferaufwand	

investiver Finanzplan

Einzahlung	€
einmalig	
jährlich	
<i>darin enthalten:</i>	
Zuschüsse	
Beiträge Dritter	

Auszahlung	€
einmalig	
jährlich	

Haushaltsmittel stehen: zur Verfügung nicht zur Verfügung

Wesentliche klimarelevante Auswirkungen:

keine

folgende

Beschlussentwurf:

Der Ausschuss für Sicherheit, Ordnung und Feuerwehr nimmt den Bericht der Verwaltung zustimmend zur Kenntnis.

Die Bürgermeisterin
i.V.



(Linda Wagner)
- Beigeordnete -

In der Sitzung des

_____-Ausschusses

Rates

Haupt-, Finanz- und Digitalisierungsausschusses

am _____ (nicht - öffentlicher Teil) wurde wie folgt beschlossen: